

# TE Lvwg Erkenntnis 2021/9/1 LVwG-2021/15/1868-2

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 01.09.2021

## Entscheidungsdatum

01.09.2021

## Index

40/01 Verwaltungsverfahren

## Norm

AVG §13 Abs3

## Text

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Landesverwaltungsgericht Tirol erkennt durch seinen Richter Mag. Dünser über die Beschwerde von Herrn AA, Adresse 1, \*\*\*\* Z, gegen den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Y vom 23.06.2021, Zl \*\*\*, betreffend Zurückweisung eines Antrages,

zu Recht:

1. Die Beschwerde wird mit der Maßgabe als unbegründet abgewiesen, als dass der Spruch des angefochtenen Bescheides zu lauten hat wie folgt: „Der Antrag vom 21.12.2020 für einen Wegumbau in Z wird gemäß § 13 Abs 3 AVG zurückgewiesen.
2. Die ordentliche Revision ist gemäß Art 133 Abs 4 B-VG nicht zulässig.

## Entscheidungsgründe

### I. Verfahrensgang:

Mit E-Mail Nachricht des Beschwerdeführers vom 21.12.202

Das Projekt Ausbau der Nassenfeld – Heuriese zweigt an der Grenze der GB. \*\*3Z (Anhang 2) in einer Seehöhe von 1544 m unmittelbar südlich des bestehenden BB - Wegs ab.

Orografisch rechtsseitig des CCTals verläuft die Wegtrasse über 1951m (Anhang 2) auf der GB. \*\*2 entlang der Heuriese in südöstlicher Richtung talwärts auf eine Seehöhe von 1507m. Das Ende des Wegstücks liegt an der Grenze der GB. \*\*4 Z (Anhang 2). Die Wegtrasse liegt im mäßig geneigtem Gelände, verläuft die ersten 601m entlang der Weide (Anhang 2), daraufhin im Wirtschaftswald (Anhang 1) den eine einstmalige Wiese (Anhang 4), heute bestockt. Auf der Weganlage tritt an keiner Stelle Wasser bzw.Quellen zu tage und der Weg hat eine durchschnittliche Neigung von 12 %. Die Heuriese wird seit den 1960er Jahren nicht mehr gebraucht und benutzt (Anhang 4). Auch bestehen keine Wanderwege an diesen Orten . Der Wald ist sehr dicht mit Fichte bestockt und im Jahr 1969 das letzte Mal gemäht worden, hat sich danach durch Naturverjüngung entwickelt.

Die Weganlage wird mit örtlich anfallenden Erdmaterial befestigt und mit einer Fahrbahnbreite von 2,6m Traktor befahrbar errichtet.

Die betroffenen Waldflächen sind wegen der dichten Bestockung sehr artenarm.

Der Oberboden wird mit dem Bagger abgetragen und mit der darauf befindlichen Vegetation in die oberhalb und unterhalb liegende Wegböschung eingebaut.

Die gesamte Weganlage liegt auf meinem unbelasteten privaten Besitz ein. Die Weganlage liegt unterhalb 1700 m Seehöhe und unter 5001m Weglänge. Auch sind keine seltenen und naturkundlich besonders wertvolle Lebensräume aufzufinden und bei schonender Bauweise können Beeinträchtigungen von Naturschutzgütern, die bis zu einem gewissen Ausmaß jeder Wegumbau mit sich bringt in gegenständlichen Umbauvorhaben auf ein völlig unbedenkliches Ausmaß minimiert werden.

Hiermit stell ich Für das gegenständliche Wegumbau – Vorhaben eine Bauanzeige an die zuständige Behörde.

Falls sie irgend welche Einwände haben bitte ich um Information, ansonsten beginne ich nach einer Wartezeit von 5 Monaten mit dem Umbau!

Hochachtung

Dagegen richtet sich das fristgerecht erhobene Rechtsmittel des Beschwerdeführers, in welchem dieser ausführt, dass er nie um eine forst- und naturschutzrechtliche Bewilligung für die Errichtung der Weganlage „Nassenfeld - Heuriese“ angesucht habe. Deswegen zahle er sicherlich keine Euro 14,30. Er befahre die Nassenfeld – Heuriese wie bisher mit dem Traktor, wenn sie auch sehr schmal sei und nehme dafür keinen Umbau vor.

Antrag gestellt, der auch ein entsprechendes Ermittlungsverfahren durch die belangte Behörde ausgelöst hat. Zumal der Beschwerdeführer allerdings die zur Beurteilung des Vorhabens erforderlichen Unterlagen nicht vorgelegt hat, ist die belangte Behörde nach Androhung der Zurückweisung mit Schriftsatz vom 03.05.2021 zu Recht mit einer Zurückweisung des Ansuchens vorgegangen. Dabei war allerdings lediglich noch richtig zu stellen, dass ein Antrag nach dem Naturschutzgesetz bzw dem Fortgesetz oder dem Wasserrechtsgesetz nicht explizit gestellt wurde.

Von der Durchführung einer mündlichen Verhandlung konnte gemäß § 24 Abs 2 Z 1 VwGG abgesehen werden.

VI. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage iSd Art 133 Abs 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt.

#### Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann binnen sechs Wochen ab der Zustellung Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof, Freyung 8, 1010 Wien, oder ordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. Die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist direkt bei diesem, die ordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof ist beim Landesverwaltungsgericht Tirol einzubringen.

Die genannten Rechtsmittel sind von einem bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw einer bevollmächtigten Rechtsanwältin abzufassen und einzubringen und es ist eine Eingabegebühr von Euro 240,00 zu entrichten.

Es besteht die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden können.

Landesverwaltungsgericht Tirol

Mag. Dünser

(Richter)

#### Schlagworte

Verbesserungsauftrag

####